

Antrag 92/II/2019**Abt. 06/10 Dahlem****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 304/II/2019****SPD Berlin nimmt die Initiative der Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ auf**

1 Berlin leidet aktuell unter starkem Wohnungsmangel. Der
2 Wohnungsmarkt ist seit Jahren in zunehmendem Maße
3 angespannt. Die Berliner*innen sind derzeit nicht in der
4 Lage, sich am Markt hinreichend mit bezahlbarem Wohn-
5 raum zu versorgen. Die Folge davon sind explodierende
6 Mieten und Bodenpreise.

7
8 Leider haben die Maßnahmen der letzten Jahre noch kei-
9 ne ausreichenden Verbesserungen mit sich gebracht, wes-
10 halb wir zu der Überzeugung gelangt sind, dass mit ei-
11 nem Bündel auch aus neuen Maßnahmen der Wohnungs-
12 knappheit zu begegnen ist. Zu einer solchen Bündel ge-
13 hört u.a. der Neubau von mehr bezahlbaren Wohnun-
14 gen und dafür sind die notwendigen Personalkapazitä-
15 ten bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften
16 zu schaffen. Und auch die Einführung des Mietendeckels
17 ist unabdingbar. Aber wir sind zu der Überzeugung ge-
18 langt, dass die Berliner Sozialdemokratie die Initiative der
19 Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ aufneh-
20 men sollte und geeignete Grundstücke und Wohnungsbe-
21 stände, die sich jetzt in privater Hand befinden, zu rekommunalisieren sind.

22
23
24 Wir sind mit der Kampagne deshalb solidarisch. Kon-
25 kret heißt das, dass wir uns für die Vergesellschaftung
26 der Bestände aller privatwirtschaftlichen Wohnungsun-
27 ternehmen mit über 3000 Wohnungen im Land Berlin
28 mit Ausnahme von Unternehmen im öffentlichen Eigen-
29 tum, kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in priva-
30 ter Rechtsform und Beständen in kollektiven Besitz der
31 Mieter*innenschaft einsetzen. Dabei ist die gemeinwirt-
32 schaftliche, nicht profitorientierte Verwaltung der Woh-
33 nungsbestände anzustreben sowie eine Verwaltung der
34 in Gemeineigentum überführten Bestände unter mehr-
35 heitlicher demokratischer Beteiligung von Belegschaft,
36 Mieter*innen und Stadtgesellschaft. Wir wollen, dass Re-
37 privatisierungen per Satzung ausgeschlossen werden und
38 eine Zahlung der Entschädigung deutlich unter Verkehrs-
39 wert an die betroffenen Wohnungsunternehmen ange-
40 strebt wird.

41
42 Um zu diskutieren, wie eine konkrete Umsetzung aus-
43 sehen kann, werden wir das Gespräch mit den Vertre-
44 ter*innen des Volksbegehrens suchen. Unser Ziel ist da-
45 bei, zusammen mit der Initiative und unseren Koalitions-
46 partner*innen nach einem gemeinsamen Weg zu suchen,
47 möglichst viele Mietwohnungen dem ungezügelter Woh-
48 nungsmarkt zu entziehen.

49

50 Die Entwicklung auf dem Mietenmarkt sind nicht Aus-
51 druck von Einzelfällen sondern von strukturellen Proble-
52 men, denen auch strukturell zu begegnen ist. Alle bishe-
53 rigen Maßnahmen haben nicht die gewünschten Conse-
54 quenzen gebracht. Deshalb halten wir es für richtig, nun-
55 mehr neue Maßnahmen zu ergreifen.

56

57 Ausgehend von der den Sozialstaat gegenwärtig akut
58 gefährdenden Wohnungsnot (nicht nur in Berlin) geht
59 es bei der Frage der Vergesellschaftung von Wohnraum
60 nicht allein um eine wohnngspolitische Detailfrage, son-
61 dern um die Frage der grundlegenden Ausgestaltung un-
62 serer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wir hal-
63 ten an der Zielsetzung des Demokratischen Sozialismus
64 fest. "Sie verlangt eine Ordnung von Wirtschaft, Staat
65 und Gesellschaft, in der die bürgerlichen, politischen, so-
66 zialen und wirtschaftlichen Grundrechte für alle Men-
67 schen garantiert sind, alle Menschen ein Leben ohne
68 Ausbeutung, Unterdrückung und Gewalt, also in sozialer
69 und menschlicher Sicherheit führen können." (Hambur-
70 ger SPD-Grundsatzprogramm 2007, S. 16). Im Berliner SPD-
71 Grundsatzprogramm von 1989 war dieser Grundgedan-
72 ke unseres Programms konkretisiert worden: "Die bürger-
73 lichen Revolutionen der Neuzeit haben Freiheit, Gleich-
74 heit und Brüderlichkeit mehr beschworen als verwirklicht.
75 Deshalb hat die Arbeiterbewegung die Ideale dieser Re-
76 volutionen eingeklagt: Eine solidarische Gesellschaft mit
77 gleicher Freiheit für alle Menschen. Es ist ihre historische
78 Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht
79 genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesell-
80 schaft ist nötig." (Berliner Programm 1989, geänderte Fas-
81 sung 1998, S. 8)

82

83 In diesem Sinne ist die politische und gesellschaftliche
84 Auseinandersetzung um das Volksbegehren unter der
85 Zielorientierung zu führen, das Grundrecht auf Wohnen
86 wenigstens partiell der Sphäre spekulativer Kapitalver-
87 wertung zu entziehen, um es zu sichern. Das Grundgesetz
88 hält mit den Artikeln 14 und 15 ausdrücklich diesen Weg
89 offen.

90 Das gültige Hamburger SPD-Grundsatzprogramm von
91 2007 fordert: "Wohnraum darf nicht zum Spekulationsob-
92 jekt werden." (Hamburger Programm, S. 34)

93 Aus diesem Grunde unterstützt die SPD das Volksbegeh-
94 ren "Deutsche Wohnen & Co. enteignen".

95 Wohnen ist ein Grundrecht und keine Ware! Das ist der po-
96 litische Kern der Auseinandersetzung, um den es bei die-
97 sem Volksbegehren geht.

98